

Pax Christi Kongress 2015:  
Gerechten Frieden weiterdenken, Rastatt, 26.-28. Juni 2015

*„Die Verantwortung gegenüber der Erde beinhaltet, dass der vernunftbegabte Mensch die Gesetze der Natur und die empfindlichen Gleichgewichte unter den Geschöpfen auf dieser Welt respektiert.“ (Papst Franziskus in der Enzyklika Laudato Si)*

## **Frieden ohne Primat? Deutsche Außenpolitik zwischen Sicherheits- und Verantwortungsdiskurs**

*Dr. Corinna Hauswedell, FES, Heidelberg*

Der Vortrag\* gliedert sich in drei Teile:

- I. Einige Hintergründe für die außenpolitische Verantwortungsdebatte in Deutschland
- II. Um welche Verantwortung geht es? Rückgriff auf einige Gewährsleute in Sachen Ethik
- III. Wohin sollte die Verantwortungsdebatte gehen?

Guter Rat in Sachen Frieden, wie man das Thema dieses Kongresses ja auch formulieren könnte, ist inzwischen teurer geworden, als es das Auswärtige Amt (AA) mit seiner Initiative „Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken“ vor eineinhalb Jahren vielleicht gehofft hatte. Nach der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 war eine Debatte angestoßen worden, was denn künftig unter deutscher Verantwortung in der internationalen Politik verstanden werden sollte. Inzwischen hat im Februar 2015 das nächste Münchner Treffen stattgefunden, und Deutschland probiert sie aus, seine Rolle in einer Welt, wo es an vielen Fronten brennt: Halb Syrien und Teile des Irak liegen in Schutt und Asche, Vertreibung und Tod durchziehen Nordnigeria und vielen afrikanische Nachbarstaaten, täglich ertrinken Menschen bei der Flucht übers Mittelmeer nach Europa – und im ukrainischen Donbass will sich kein Frieden einstellen. Griechenland soll ohne Krieg unter das Kuratel neoliberaler Sparzwänge gestellt werden.

### **I. Wo liegen einige der Hintergründe für die aktuelle außenpolitische Verantwortungsdebatte in Deutschland ?**

Kriege und hybride Formen politischer Gewalt sind seit 9/11 zwischen den Zitadellen und ihren vermeintlichen Peripherien hin und her gewandert und haben u.a. mittels neuer Technologien viele, auch völkerrechtliche, Grenzen überschritten: Die 2000er Jahre beginnend mit den Terroranschlägen von New York (2001), dann Madrid (2004), London (2005) und jüngst Paris (2015). Die militärischen und politischen Fiaskos in Afghanistan,

Irak, Libyen und Syrien, Tschetschenien und jüngst der Ukraine markieren eine lange Dekade, in der die sog. alte Weltordnung vollends zerbrochen ist. Nach 1989/90 hatte sich zwar ein Hauptrepräsentant des Kalten Krieges, der Warschauer Vertrag, aufgelöst. Aber eine europäische Friedensordnung mit kollektiven Sicherheiten, wie in der Charta von Paris 1990 angedacht, blieb ein wohlfeiler Traum – die NATO überlebte irgendwie und dehnte sich aus. In den 1990er Jahren hatte die Turbo-Globalisierung Russland, später aber auch den USA zugesetzt; beide mussten in unterschiedlicher Weise ökonomische und machtpolitische Einbußen verkraften. Statt sich aber der Mühe zu unterziehen, mit den aufsteigenden Mächten China, Brasilien oder Indien Frieden und Sicherheit – politisch, sozial und ökologisch – im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung für den Planeten neu zu buchstabieren, verliefen Gipfeltreffen seither meist ohne greifbare Resultate, wurden die UN als geeignete Handlungsebene weitgehend marginalisiert. Mit dem transnationalen Terrorismus bot sich bald eine neue, auch militärisch begründbare, Feindprojektion – nicht nur für den Westen. Interessen richteten sich gegeneinander aus; Einflussphären, Territorialansprüche und nationale Ambitionen standen wieder unverblümt im Raum. Europa ist mittendrin in dem alten und neuen Spiel, und in seiner erweiterten Gestalt vielstimmiger und kontroverser: ein Manöverplatz für geopolitisches Kräftemessen in der Ukraine, ein Ort für fiskalisches Krisenmanagement unter deutscher Führung, bei dem Südeuropas Jugend auf der Strecke bleiben könnte, wenn nicht auch andere Stimmen und Konzepte als die der Austerität und des Neoliberalismus Gehör finden – und Europa ist immer noch ein attraktiver, jedoch schwer erreichbarer Hafen für Flüchtlinge, Verfolgte und Verzweifelte aus vielen Krisenregionen der Welt.

Es war zugleich eine Dekade, in der die Wahrnehmungen dieser Veränderungen diffus und divergent wurden. Was ist falsch gelaufen, wenn der deutsche Außenminister angesichts des immensen Zündstoffes in der Ukraine im November 2014 konstatieren musste: „Das hatte keiner auf dem Radar“<sup>1</sup>? Wenn der rasante Aufstieg des sogenannten Islamischen Staates (IS) für viele internationale Beobachter *out of nowhere* gekommen schien? Selbst- und Fremdbilder auf Seiten der politischen Eliten, aber auch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in Ost und West, Nord und Süd klaffen trotz sozialer Netzwerke weit auseinander, Diskurse laufen aneinander vorbei, etablierte Kommunikationsstrukturen versagen. „Je suis Charlie“ signalisierte den einen eine tief empfundene Solidarität und löste bei den anderen einen ebensolchen Hass aus. Freiheit und Gleichheit spielen eben nicht in derselben politischen Liga. Verunsicherung und Ängste begünstigen zusehends Schwarz-Weiß-Denken

---

<sup>1</sup> Frank-Walter Steinmeier: Verantwortungsvolle Außenpolitik ist vorsorgende Außenpolitik, [www.spd.de/aktuelles/125520/20141120\\_steinmeier\\_vorsorgende\\_aussenpolitik.html](http://www.spd.de/aktuelles/125520/20141120_steinmeier_vorsorgende_aussenpolitik.html).

und Ausgrenzung – im Inneren der Gesellschaften wie zwischen den Staaten.

Meinen wir also das Gleiche, wenn wir über außenpolitische Verantwortung sprechen? Wie erklären sich die schweren internationalen Wahrnehmungs- und Kommunikationsstörungen über Fragen von Sicherheit und Frieden?

### *Vom Pappkameraden zum Militäreinsatz*

(Kleiner Exkurs zur Verantwortungsdebatte des Jahres 2014)

Die Debatte war durch den Beratungsbedarf der Großen Koalition im Herbst 2013 angestoßen worden. „Neue Macht – Neue Verantwortung“ lautete das vom Auswärtigen Amt geförderte Papier aus der Stiftung Wissenschaft und Politik und dem German Marshall Fund. Es diente als Stichwortgeber für die Reden des Bundespräsidenten, der Verteidigungsministerin und des Außenministers auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014. Rückblickend ist es vielleicht weniger relevant, ob die drei Politiker mit dieser Ansage von „mehr internationaler Verantwortung“ subjektiv und in gemeinsamer Absicht ein Code-Wort für mehr militärisches Engagement einspeisen wollten. In dem folgenden öffentlichen Diskurs, der sich in den Blogs von *Review 2014* und anderen Medien der Republik abspielte, haben viele Beitragende dies jedenfalls so verstanden. Im Juni 2014 hatte der hessische Friedensforscher Arvid Bell bei *Review 2014* unter Verweis auf die „Nebelkerzen“-Funktion des Begriffs der Verantwortung drei Interpretationsmöglichkeiten für die Absichten der Debatte angeboten: Eine innenpolitische Werbekampagne für mehr deutsches außenpolitisches Engagement im Allgemeinen, die Rechtfertigung einer stärkeren deutschen Führungsposition im Kreis der westlichen Partnerstaaten und schließlich eine aktive Korrektur deutscher Außenpolitik zugunsten einer „normalisierten“ Mittelmachtpositionierung mit erklärtermaßen militärisch gestützter Interessenvertretung.<sup>2</sup> Ein Vordenker der verblässenden Zivilmachtkonzeption, Hanns Maull, schrieb ebenfalls im Blog von *Review 2014*, dass „militärische Instrumente der Außenpolitik wohl auch in Zukunft immer wieder durch Friedenseinsätze, militärische Beiträge zum Staatsaufbau oder durch militärische Erzwingungsmaßnahmen Beiträge zu einer Zivilisierung der internationalen Beziehungen leisten müssen. Deutschland kann und darf sich seiner Verantwortung in diesem Zusammenhang nicht entziehen.“<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Arvid Bell: Die Nebelkerze von der internationalen Verantwortung, [www.review2014.de/de/blog/show/article/die-nebelkerze-von-der-internationalen-verantwortung.html](http://www.review2014.de/de/blog/show/article/die-nebelkerze-von-der-internationalen-verantwortung.html).

<sup>3</sup> Hanns Maull: Die außenpolitische Kontinuität ist richtig, [www.review2014.de/de/aussensicht/show/article/die-aussenpolitische-kontinuitaet-ist-richtig-muss-aber-angepasst-werden/pages/3.html](http://www.review2014.de/de/aussensicht/show/article/die-aussenpolitische-kontinuitaet-ist-richtig-muss-aber-angepasst-werden/pages/3.html).

Der medial-politische Diskurs der folgenden Monate enthielt die ganze Bandbreite der Interpretationen, was denn deutsche Verantwortung sein könne, wenn man plötzlich „von Kriegen umzingelt“ sei: Die ZEIT eröffnete eine mehrmonatige Debatte, um „Interessen und Ideale, Gewissheiten und Gefühle neu zu sortieren“,<sup>4</sup> und überraschte bald mit der Analyse: „Das Nein zu Militäreinsätzen ist heimliche deutsche Staatsräson“;<sup>5</sup> Deutschland tue nur so, als ob es sich an Auslandseinsätzen militärisch stärker beteiligen wolle. War bzw. ist das so?

Während Joachim Gauck und Ursula von der Leyen angesichts der zunehmend kriegerischen Realitäten, insbesondere des Vormarsches des IS, den Akzent auf eine künftig „robustere“ deutsche Außenvertretung legten,<sup>6</sup> suchte Frank-Walter Steinmeier, eng eingebunden in einen diplomatischen Hindernislauf zwischen Kiew und Moskau, diese Interpretation eher zu meiden und durch das medial beliebte Mantra „Raushalten ist keine Option“<sup>7</sup> zu ersetzen. Aus dem Dilemma heraus, die Außenerwartungen an „deutsche Führung“ mit der innenpolitischen Ratio der „Zurückhaltung“ versöhnen zu müssen, wurde ein Pappkamerad reaktiviert: der unpolitische deutsche Michel; dieser ließ sich allerdings weder aus einer Bilanz der Beiträge von *Review 2014* noch aus den Meinungsumfragen des Jahres<sup>8</sup> herauslesen. Klare Mehrheiten in der deutschen Bevölkerung (über 60 Prozent) sprechen sich in der Tat unverändert gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr aus; für ein ziviles humanitäres Engagement in Krisen sind die Zahlen aber noch höher. Es kommt den Menschen also auf den Inhalt der Verantwortung, auf das „Wofür“ und „Wie“, an; „sich raushalten“ oder „wegschauen“ wollen die wenigsten.

Anstatt also in der innenpolitischen Kommunikation genau hinzuhören, wurde mit der Rede vom „Raushalten“ eine Scheinfront eröffnet, in deren Windschatten sich auch militärisches Eingreifen leichter legitimieren ließ. Kurz vor der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz gipfelte der Diskurs in einem Statement des Konferenzleiters Wolfgang Ischinger, der sich offenbar zu einem (nicht regierungskonformen) Einstimmen in die Fanfarentöne aus Washington verleiten ließ: „Nichts tun, wegsehen, zu sagen, sollen die Ukrainer sehen wo sie bleiben, bringt aber auch Risiken. (...) Wir brauchen das militärische Patt, um Verhandlungserfolge überhaupt wieder zu ermöglichen. Dafür könnten unter Umständen auch Waffenlieferungen sinnvoll sein.“<sup>9</sup>

---

<sup>4</sup> Bernd Ulrich: Die Welt ist verrückt und was machen wir?, in: DIE ZEIT, 28.8.2014, S. 2.

<sup>5</sup> Matthias Geis: Pazifismus für alle, in: DIE ZEIT, 16.10.2014, S. 2.

<sup>6</sup> [www.faz.net/aktuell/politik/bundespraesident-gauck-warnt-vor-verzicht-auf-militaereinsaetze-12989934.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/bundespraesident-gauck-warnt-vor-verzicht-auf-militaereinsaetze-12989934.html)

<sup>7</sup> Frank-Walter Steinmeier: Raushalten ist keine Option, in: Die ZEIT, 23.10.2014, S. 6.

<sup>8</sup> Umfrage der Körberstiftung „Einmischen oder zurückhalten?“ vom Mai 2014, [www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/sonderthemen/umfrage-aussenpolitik.html](http://www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/sonderthemen/umfrage-aussenpolitik.html).

<sup>9</sup> [www.br.de/nachrichten/ischinger-interview-msc-100.html](http://www.br.de/nachrichten/ischinger-interview-msc-100.html).

Als bestes Beispiel für mehr deutsche Verantwortung nannte Ischinger, der sich insgesamt sehr zufrieden über die Debatte zeigte, das neue deutsche Engagement im Irak.<sup>10</sup> Die Waffenlieferung im Wert von 70 Millionen Euro an die Kurden im Norden des Landes für ihren Kampf gegen den IS war, ironischerweise am Antikriegstag 1. September 2014, vom Bundestag beschlossen worden. Proteste und Kontroversen quer durch die politischen Lager entfachten sich zu Recht an der Frage, ob hier triftige Gründe vorlagen, um mit einem zentralen Grundsatz deutscher Außenpolitik, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, zu brechen. Während von der Leyen bemüht war, das Thema „Tabubruch“ kleinzureden, bezeichnete Steinmeier die Entscheidung als „tiefen Einschnitt“ und verglich sie mit der Beteiligung Deutschlands an den militärischen Konflikten auf dem Balkan und in Afghanistan sowie dem Nein zum Irak-Einsatz 2003: „Dies waren Wegmarken unseres außenpolitischen Reifeprozesses nach der Wiedervereinigung“; nun müsse Deutschland „lernen, mit den unvermeidlichen Widersprüchen, Risiken und Dilemmata umzugehen, die eine verantwortliche Außenpolitik in einer Welt in Unordnung zwangsläufig mit sich bringt (...) Es ist die richtige, aus unserer Sicht verantwortbare Entscheidung in einer akuten Bedrohungslage, die unsere Werte und Interessen unmittelbar berührt.“<sup>11</sup>

Eine Fortsetzung fand diese Interpretation von verantwortungsvoller oder, wie Steinmeier einschränkend feststellte, „verantwortbarer“ Außenpolitik mit der Entscheidung des Bundestages vom 29. Januar 2015, für zunächst ein Jahr bis zu 100 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zur Ausbildungsunterstützung der kurdischen und irakischen Streitkräfte im Nordirak gegen den IS zu entsenden. Mehr noch als bei den Waffenlieferungen stehen seither neben dem politischen Dissens darüber, ob hier eine erfolgversprechende Ziel-Mittel-Relation zur Bekämpfung des IS vorliegt, für die Verantwortbarkeit ebenso relevante rechtliche Fragen zur Debatte: innenpolitisch diejenige nach der Verfassungskonformität des Parlamentsbeschlusses, außenpolitisch die Frage, ob sich hier eine Bündnispflicht zur Kriegsbeteiligung ergibt. Friedenspolitisch engagierte Juristen bestreiten beides.<sup>12</sup> Auch ein öffentlich beachtetes Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages gab zu bedenken, dass die US-geführte Koalition der Willigen gegen den IS eben kein „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ im Sinne von Art. 24, Abs. 2 GG darstelle<sup>13</sup>,

---

<sup>10</sup> Vgl. [www.merkur-online.de/politik/ischinger-deutschland-hat-mehr-verantwortung-in-der-welt-uebernommen-zr-4699378.html](http://www.merkur-online.de/politik/ischinger-deutschland-hat-mehr-verantwortung-in-der-welt-uebernommen-zr-4699378.html).

<sup>11</sup> [www.evangelisch.de/inhalte/109136/23-08-2014/steinmeier-irak-entscheidung-ist-tiefer-einschnitt](http://www.evangelisch.de/inhalte/109136/23-08-2014/steinmeier-irak-entscheidung-ist-tiefer-einschnitt).

<sup>12</sup> Werner Koep-Kerstin/Martin Kutscha: Aus Bündnispflicht zur Kriegsbeteiligung?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (2015): 3, S. 33-36.

<sup>13</sup> [www.spiegel.de/politik/ausland/irak-experten-halten-mandat-der-bundeswehr-fuer-verfassungswidrig-a-1013141.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/irak-experten-halten-mandat-der-bundeswehr-fuer-verfassungswidrig-a-1013141.html).

und Deutschland insofern weder zur Bündnistreue im Rahmen der NATO noch im Sinne eines UN-Mandats verpflichtet sei.

## II. Um welche Verantwortung also geht es?

Die Debatte über außenpolitische Verantwortung und der konkrete Umgang damit verliefen also im letzten Jahr höchst kontrovers. Kriterien einer Beurteilung, wo Verantwortung beginnt und wo sie aufhört, sind bisher nicht in Sicht; die „Gretchenfrage“ bleibe das Militär, wie der Außenminister auf dem Kolloquium „Stell Dir vor, es ist Krieg ...“ der Friedens- und Konfliktforschung im März diesen Jahres feststellte. Die Bundesregierung hat sich im Falle der Ukrainekrise einerseits und der Anti-IS-Mission im Irak andererseits für zwei – hinsichtlich des Umgangs mit dem Militär jedenfalls – verschiedene Konzepte der Krisenintervention entschieden. Beide wurden im Diskurs als verantwortungsvoll oder zumindest „verantwortbar“ dargestellt. Die diplomatische Großoffensive in Kiew und Moskau begleitete die Bundeskanzlerin mit dem auch an die westliche Vormacht gerichteten Credo: „Ich bin der festen Überzeugung, dass dieser Konflikt militärisch nicht gelöst werden kann“<sup>14</sup>; die Konfliktkonstellation mit dem islamistischen Terrorismus, in der Deutschland als Mit-Kriegerin in einer US-geführten Koalition agiert, scheint hingegen den Einsatz von Waffen und Soldaten zwingend einzuschließen. Im Falle der Ukraine wurde verantwortliches Handeln so verstanden, dass durch den Verzicht auf das Militär eine weitere gefährliche Eskalation vermieden und Kommunikationsebenen zur Aushandlung und Verständigung ermöglicht werden sollten. Wie lange dies halten kann, steht gegenwärtig erneut in Frage.

Warum waren dies im Fall von IS keine relevanten Handlungsmotive? Warum gelten dem Außenminister „unsere Werte und Interessen“ im Mittleren Osten offenbar als unmittelbarer bedroht? Werden in beiden Fällen die Bündnisverpflichtungen unterschiedlich abgewogen? Die Stationierung der von Bundeswehr geführten neuen „Speerspitze“<sup>15</sup> der NATO in Osteuropa – immerhin 40.000 Soldaten – könnte leicht den bisher präferierten Verhandlungsansatz in der Ukraine aushebeln.

Mit einer Prüfung des normativ-ethischen Gehalts von Verantwortung möchte ich u.a. der Frage nachgehen, ob die beiden in der Gretchenfrage konträren außenpolitischen Handlungsmodelle gegenüber Osteuropa und dem Irak in Zielen und Mitteln so weit

---

<sup>14</sup> [www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2015/01/2015-01-28-ukraine-eu.html](http://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2015/01/2015-01-28-ukraine-eu.html).

<sup>15</sup> [www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-nato-verstaerkt-die-schnelle-eingreiftruppe/11330492.html](http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-nato-verstaerkt-die-schnelle-eingreiftruppe/11330492.html).

auseinander liegen, dass sich der Begriff der Verantwortung nicht für beide in gleicher Weise als tragfähig erweist.

Dazu sollen einige Gewährsleute in Sachen politische Ethik zu Wort kommen.

#### a) Der „unabgrenzbare“ Kontext

„In dem Begriff Verantwortung“ – so Georg Picht in seiner berühmten Definition von 1969 – „liegt eine doppelte Verweisung: man ist verantwortlich *für* eine Sache oder *für* andere Menschen, und man ist verantwortlich *vor* einer Instanz, welche den Auftrag erteilt, der die Verantwortung begründet“<sup>16</sup>. Diese Kontextualisierung verband Picht mit der Beobachtung, dass sich der Begriff der Verantwortung von anderen rechtlichen und moralischen Begriffen dadurch unterscheidet, „dass er in sich einen eigentümlichen Überschuss enthält, der sich in die klar umrissenen Bezüge, die diese Verweisung zunächst bezeichnet, nicht einfangen lässt“<sup>17</sup>. Bei der Verantwortung der (Außen)Politik handelt es sich – neben den innenpolitischen, auch rechtlichen Bindungen im Sinne von „vor einer Instanz“ (z.B. Grundgesetz, Parlament, Wählerschaft) und den äußeren, zum Teil ebenfalls rechtlichen Bindungen im Sinne von „für eine Sache“ (z.B. völkerrechtliche oder Bündnisverpflichtungen) – immer auch um Handlungskontexte, die mit „Werten“, also ethisch begründet sind, wie z.B. die Sorge *für* friedensfördernde und sozial bzw. ökologisch verträgliche Entwicklungen in der Welt. Diese Handlungskontexte konstituieren den auf die Zukunft gerichteten „Überschuss“. Die außenpolitische Verantwortung ist, weil sie sich permanent im Spannungsfeld von Innen- und Außenbindungen und -erwartungen bewegt und in beide Richtungen legitimieren muss, besonders schwer ein- bzw. abzugrenzen. Mit dieser Art „Unabgrenzbarkeit“ hänge zusammen, wie Picht später zuspitzte, dass Verantwortung durch „alle Zeiten und Kulturen“ als „unaufhebbar tragisch“ zu bezeichnen sei:<sup>18</sup> Eine Verantwortung, die sich vernünftigerweise ihrer potenziellen Transzendenz bzw. ihres eschatologischen Charakters bewusst sein muss, habe es schwer, sich gegen die partikularisierte Rationalität, wie sie in Wissenschaft und Gesellschaft des 20. Jahrhunderts dominierte, zu behaupten.

Will (deutsche) Außenpolitik angesichts dieser „Tragik“ nicht verzweifeln oder in opportunistischen Relativismus verfallen, muss sie grundsätzlich und von Fall zu Fall die Balance zwischen Innen- und Außenbindung in rechtlicher und normativer Hinsicht

---

<sup>16</sup> Georg Picht: Der Begriff der Verantwortung, in: Ders.: Wahrheit, Vernunft, Verantwortung, Stuttgart 1969, S. 319f.

<sup>17</sup> Ebd.

<sup>18</sup> Georg Picht: Von der Zeit, Stuttgart 1999, S. 689.

austarieren. Das wirft die Frage auf: Gibt es eine Hierarchie, die die Innenbindung durch „nationale Interessen“ und Bevölkerungsmeinung vor die Verpflichtung gegenüber Außeninteressen stellt, v.a. dann, wenn diese unter Umständen mit den Binneninteressen konfliktieren? Die repräsentative Demokratie sieht für die Klärung dieser Frage ein mit relativ hoher Legitimation ausgestattetes Set von Prozeduren und Instrumenten vor, der inzwischen häufiger hinterfragte Parlamentsvorbehalt zur Entsendung der Bundeswehr gehört in Deutschland dazu. Aber die Dilemmata, die Steinmeier mit „Reifeprozess“ beschreibt, bleiben: Im Falle des Afghanistan-Einsatzes z.B. wurde eine Bevölkerungsmehrheit in ihrer ablehnenden Haltung jahrelang ignoriert. Das Bekenntnis der BürgerInnen zu einer besonderen deutschen Verantwortung für zivile Friedensförderung speist sich aus einer historisch bitter erworbenen und wohl begründeten militärkritischen Ratio. Daran ändert der vom Außenminister beschriebene „Reifeprozess“ nichts, im Gegenteil, diese Ration war und ist Teil desselben. Die sog. „Neue Macht“ Deutschlands sollte diesen Grundsatz nicht aus Sorge vor Gesichts- oder Gewichtungsverlust opfern, sondern im Gegenteil „Vorsorge“-Politik als Primat friedensfördernden Handelns für sich als typisch reklamieren.

#### *b) Verantwortung vs. Gesinnung? Das Glaubwürdigkeitsdefizit internationaler Politik*

Für den „Beruf des Politikers“ hatte Max Weber bereits 1919, die scheiternde Novemberrevolution vor Augen – und wohl mit der Intention, den moralischen „Überschuss“ der Verantwortung zu reduzieren und gleichzeitig zu retten – die bekannte Unterscheidung getroffen: zwischen einer die Folgen des Handelns bedenkenden „Verantwortungsethik“ und einer, unabhängig von den Folgen, durch das moralisch Richtige getragenen „Gesinnungsethik“. Er wandte sich aber selbst gegen eine einfache Dichotomie dieser beiden Begriffe: Gesinnungs- und Verantwortungsethik machen laut Weber erst in einer gegenseitigen Ergänzung ihrer Elemente den „echten Menschen“ aus, der den „Beruf zur Politik“ haben kann.<sup>19</sup> Schwer versöhnbare Unterschiede existieren allerdings zwischen dem Verantwortungs- und dem Gesinnungsethiker, wenn es um die Anwendung von (militärischer) Gewalt geht: „an diesem Problem der Heiligung der Mittel durch den Zweck, scheint nun auch die Gesinnungsethik überhaupt scheitern zu müssen. Und in der Tat hat sie logischerweise nur die Möglichkeit, *jedes* Handeln, welches sittlich gefährliche Mittel anwendet, zu *verwerfen*.“<sup>20</sup>

Zwischen damals und heute liegen 1945, 1989/90 und 2001. Was hat sich seit Weber

<sup>19</sup> Max Weber: Politik als Beruf, in: Ders.: Gesamtausgabe, Band 17, Tübingen 1992, S. 250.

<sup>20</sup> Ebd., S. 240.



verändert? Der Einsatz des Militärs im Sinne klassischer zwischenstaatlicher Kriegsführung widerspricht seit der UN-Charta (Gewaltverbot nach Art. 2, 4) auch deshalb einer modernen verantwortungsethisch begründeten Außenpolitik, weil diese sich der negativen Folgen des kriegerischen Tuns vorab bewusst sein kann. Die vor fast 15 Jahren angestoßene Debatte über eine *Responsibility to Protect* (R2P) hätte prinzipiell das Potenzial, als normativer Bezugsrahmen für verantwortliche internationale (und nationale) Politik zu dienen. Im äußersten Fall (als Schutzversprechen bei schwersten Menschenrechtsverletzungen) könnten unter R2P auch international, unter dem Dach der UN verabredeten Militärinterventionen künftig als politisch verantwortlich im Sinne ihres Auftrages und legitim im Sinne völkerrechtlicher Normen gelten. Noch hat sich R2P allerdings international nicht als eine neue ethische Maßgabe etablieren können, die Schutzverantwortung und Friedenspflicht der UN-Charta in Übereinstimmung bringen könnte. Die mangelnde moralische Selbstbindung von Sicherheitsratsmitgliedern in der langen Dekade des Interventionismus hat es z.B. im Sicherheitsrat erschwert, die Begründungspflicht vor einem Veto einzuführen. Der Mandatsmissbrauch zum Diktatorensturz im Falle Libyens 2011 unterstreicht die akuten Glaubwürdigkeitsprobleme der Mächtigen in Sachen internationaler Verantwortung.<sup>21</sup>

### *c) Jenseits des Nationalen: globale und planetare Verantwortung*

Wie ist der militärische Kampf gegen den transnationalen Terrorismus verantwortungsethisch zu bewerten, zumal wenn dieser jüngst in Gestalt eines Staates auftritt? Ist den Dilemmata, die mit dem moralischen „Überschuss“ der Verantwortung einhergehen, unter den Bedingungen des außenpolitischen Handelns im 21. Jahrhundert überhaupt zu entkommen? Max Webers Bezugsrahmen für politische Verantwortung war zeitbedingt der Nationalstaat (wie er auch als Bindung unserer Politiker in der Eidesformel des Art. 56 GG noch zum Ausdruck kommt). Picht hat mit seinen Analysen zur atomaren Bedrohung und zur ökologischen Katastrophe seit den späten 1960er Jahren einen globalen Horizont verantwortlichen politischen Handelns eröffnet; Hans Jonas hat diesen dann mit seinem „Prinzip Verantwortung“ (1984) als „Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation“ durchdekliniert: Sein Imperativ „Handle so, daß die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“ war gedacht für einen „neuen Typ von Handlungssubjekt“ im individuellen wie im gesellschaftlichen Sinn.<sup>22</sup> Nicht nur die aktiven „Weltbürger“ einer wachsenden Zivilgesellschaft, auch die Regierenden waren

<sup>21</sup> Michael Staack/Dan Krause (Hrsg.): Schutzverantwortung in der Debatte. Die „Responsibility to Protect“ nach dem Libyen-Dissens, Opladen 2015.

<sup>22</sup> Hans Jonas: Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt a. M. 1984, S. 36.

gemeint. Der Fokus, den Jonas auf das „Für“ der Verantwortung (Picht) und die strikte Beachtung der Folgen des Handelns richtet, hat also zwei Denkrichtungen: Die „Anderen“ jenseits der eigenen Nation sowie die „Zukunft“; das hier entwickelte Verständnis von Menschheitsinteressen und Nachhaltigkeit denkt *a priori* Gesinnungsethik und Verantwortungsethik zusammen. Mit dem Postulat der „Fernstenliebe“ wird bei Jonas eine Perspektive für internationale Kooperation und Konfliktbearbeitung zwischen den Machtzentren eröffnet, die geradezu als Gegenentwurf zur Gewaltdominanz und Verfeindung in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen gelesen werden kann.

Es gibt einen weiteren Ratgeber in Sachen Verantwortung aus der letzten Dekade des Kalten Krieges, als der Philosophie und den Sozialwissenschaften bemerkenswerte Ein- und Weitsichten jenseits des bedrohlichen Horizonts gegenseitiger Vernichtung gelangen: Ulrich Beck, der mit Hans Jonas hinsichtlich der Verantwortungsgegenstände viele gemeinsame Ausgangspunkte teilte, legt seinen Fokus mittels eines weitgreifenden Risiko-Gefahren-Sicherheits-Diskurses auf die Handelnden in Politik und Bürokratie. Ihnen bescheinigt Beck angesichts der hausgemachten Bedrohungen der technokratischen Industriegesellschaft eine „organisierte Unverantwortlichkeit“: „Das individuell ausgelegte Verursacherprinzip, die Rechtsgrundlage der Gefahrenabwehr, schützt die Verursacher, die es zur Verantwortung ziehen soll“.<sup>23</sup> Auch wenn hier v.a. Probleme technologischer und ökologischer Gefahrenabwehr gemeint sind, eine Außenpolitik, die sich für diese Probleme nicht verantwortlich sieht (aktuell z.B. der zögerliche und zu wenig politisch koordinierte Umgang mit Ebola), ist genauso angesprochen.

### **III. Wohin sollte die Verantwortungsdebatte gehen?**

*Postulat 1:*

*Interessen und Sicherheit endlich gemeinsam und nicht länger gegeneinander konzipieren!*

Der Rückgriff auf Gewährsleute wie Georg Picht, Hans Jonas oder Ulrich Beck kann helfen, die aktuelle Blickrichtung außenpolitischer Verantwortung in doppelter Hinsicht zu schärfen:

*Erstens* wird die erfolgreiche Wahrung und Vertretung vermeintlich nationaler Interessen (z.B. sozialer, ökonomischer, ökologischer Art) heute nur noch in einem globalen

---

<sup>23</sup> Ulrich Beck: *Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit*, Frankfurt a. M. 1988, S. 11.

Interessenabgleich mit den anderen Staaten und Gesellschaften möglich sein. Die dazu erforderliche „Kosmopolitisierung“<sup>24</sup> ist eine noch nicht eingelöste Anforderung an die politischen Eliten ebenso wie an die Mitglieder der Zivilgesellschaft. Zentrale Erkenntnisse, die vor einigen Jahren zu Konzepten wie *Global Governance* geführt haben, liegen gegenwärtig brach. Die Globalisierung hat – trotz zahlloser internationaler Foren – statt einer Zusammenführung eher eine Delegation und Abwertung von Verantwortung bewirkt; die Finanzmärkte führen daneben ein profitables, aber weitgehend verantwortungsloses Eigenleben. Daran ändern auch die besser klingenden, aber wohlfeilen Erklärungen des jüngsten G7 Gipfels nichts.

Mit den *Sustainable Development Goals* (SDGs) soll auf der UN-Vollversammlung im September ein neuer entwicklungspolitischer Zielkatalog auf den Weg gebracht werden, der anders als die *Millennium Development Goals* auch eine explizite, wenn auch unterdimensionierte *Peacebuilding*-Komponente enthält.<sup>25</sup> Verantwortliche deutsche Außenpolitik muss dieses Thema aus der Ressortnische holen; das Auswärtige Amt hätte entgegen allen Kompetenzrängeleien zwischen den Ministerien die Aufgabe, für eine Integration der mit den SDGs verbundenen Themen in einer kohärenten globalen Friedensförderungspolitik zu sorgen.

*Zweitens* ergibt sich daraus, dass Sicherheit und eine damit verbundene friedensorientierte Konfliktbearbeitung in den allermeisten internationalen Handlungsfeldern (Energie, Ressourcen, Technologie, Handel, Gesundheit, Einwanderung etc.) längerfristig ebenfalls nur als *gemeinsames Gut* und nicht als Schutz *gegen* andere konzipiert werden kann. Im Falle der Ukraine-Krise wird diese Erkenntnis auch bei denjenigen EU Repräsentanten, die lieber verhandeln als Waffen ins Feld führen, seit mehr als einem Jahr gering geschätzt. Sonst stünden sinnlose Sanktionen und Ausschlüsse von Weltforen nicht so hoch im Kurs. Das aktuell markanteste Feld der Negation einer kosmopolitischen Verantwortungsethik ist die europäische Abschottungs- bzw. Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden – organisierte Unverantwortlichkeit im Schnittpunkt von Innen- und Außenpolitik! Solange man sich auf Schlepperbekämpfung durch Drohnen leichter verständigen kann als auf ohnehin höchst begrenzte Quoten zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen ist ziemlich viel faul – nicht nur im Staate Dänemark...

Hier wie in anderen Feldern gehört die fatale „Vernetzung“ militärischer und ziviler Strategien und Mittel der Sicherheitsvorsorge endlich auf den Prüfstand. Ich möchte die These

---

<sup>24</sup> Ulrich Beck: *Weltrisikogesellschaft*. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Frankfurt a. M. 2007.

<sup>25</sup> [www.die-gdi.de/publikationen/mitarbeiter-sonstige/article/sdg-16-promote-peaceful-and-inclusive-societies-for-sustainable-development-provide-access-to-justice-for-all-and-build-effective-accountable-and-inclusive-institutions-at-all-levels/](http://www.die-gdi.de/publikationen/mitarbeiter-sonstige/article/sdg-16-promote-peaceful-and-inclusive-societies-for-sustainable-development-provide-access-to-justice-for-all-and-build-effective-accountable-and-inclusive-institutions-at-all-levels/).

wagen, dass die nebelwerfende Verantwortungsdebatte überhaupt nur soviel Fahrt aufnehmen konnte, weil man sich vor Jahren unter dem Druck der Anti-Terror-Strategien auf die scheinbar attraktive Formel der „erweiterten Sicherheit“ – ein ewig leeres Versprechen – eingelassen hat. Eine *Review* der primär aus der Bedrohung durch den Terrorismus entstandenen Konzeption der „vernetzten Sicherheit“ (*comprehensive approach*) zugunsten einer künftig klaren Trennung militärischer und ziviler Aufgabenbestimmungen im Umgang mit Risiken und Gefahren – das würde einen bewussten Paradigmenwechsel bedeuten: Eine verantwortungsethisch begründete Außenpolitik müsste sich dann der inzwischen evidenten negativen Eigendynamiken militärischen Handelns bewusst werden. Ist das zu viel verlangt?

Wo sollte diese Debatte als sinnvolle Fortsetzung des *Review 2014*-Prozesses geführt werden? Die begonnene Planung für das Weißbuch 2016 ist innerhalb Deutschlands ein möglicher Kontext. Es müsste dort z.B. um eine Revision der Formulierungen im Weißbuch 2006 gehen, die den militärischen Einsatz zur Sicherung deutscher Interessen betreffen; auch hier gibt es jenseits der Ressortzuständigkeit des Bundesministeriums der Verteidigung eine Mitverantwortung des AA für die Definition des neuen Bundeswehrauftrages. Die EU nimmt sich für 2016 vor, die noch von 2003 stammende Europäische Sicherheitsstrategie, die ganz im Zeichen des *war on terror* formuliert wurde, neu zu fassen. Auch in diesem Rahmen sollte gemeinsame außen- und friedenspolitische Verantwortung nicht mit besser „vernetzter Sicherheit“ im Sinne verstärkter militärischer Kapazität verwechselt werden. Eine europäische Armee scheint zwar bis auf Weiteres und aus vielen guten Gründen ein *non-starter* zu sein. Stattdessen müsste es aber gerade auch wegen der Erfahrungen in der Ukraine ein neues Nachdenken über den Stellenwert und das spezifische Profil der EU für zivile Krisenprävention geben.

*Postulat 2:*

*Internationale Wahrnehmung und Kommunikation müssen sich ändern*

Mit *business as usual*, das haben fast alle gemerkt, sind die schweren Krisen in Osteuropa, im Mittleren Osten und auf dem afrikanischen Kontinent, die uns weiter begleiten werden, nicht einzufangen. In der sonst eher nüchternen Diktion des Chefs im Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Thomas Bagger, fanden sich zu Jahresbeginn Stichworte wie „Aushandlung eines neuen Gesellschaftsvertrages“ oder „Beginn einer globalen Systemdebatte“.<sup>26</sup> Das sind weitreichende Ansagen, die aus der kritischen ökologischen und

---

<sup>26</sup> Thomas Bagger: Fragilität und Zusammenhalt. 15 Thesen zu außen- und innenpolitischen Herausforderungen, in: IP Internationale Politik (2015): 1, S. 99.

friedenswissenschaftlichen Debatte inspiriert sein könnten. Die Auswertung der *Review 2014: Krisen – Ordnung – Europa*<sup>27</sup>, die der Außenminister Ende Februar 2015 vorgelegt hat, konstatiert u.a.: Das Auswärtige Amt müsse im eigenen Land stärker und besser kommunizieren als bisher. Zu hoffen ist, dass es dabei um das Kommunizieren von Inhalten, den Austausch von Informationen und Meinungen und den damit verbundenen Wahrnehmungsprozess des Zuhörens, Erwiderns und Verstehens gehen soll. Denn das ist es, woran es nicht nur dem innenpolitischen, sondern mehr noch dem internationalen Dialog zwischen den Staaten und in den Gesellschaften mangelt: Die allseits zu beobachtenden Kommunikationsdefizite haben mannigfaltige Ursachen: Ignoranz, mangelnde Empathie, Manipulation, Missbrauch neuer Medien. Sie haben im großen Stil zu einem Vertrauensverlust geführt, der wiederum mitschuldig an vielen Konflikteskalationen der vergangenen Monate war. So entstanden unversehens „zerstörerische Narrative“, wie sich die Verteidigungsministerin ausdrückte, die ihrerseits eine Eigendynamik der Fehlwahrnehmungen entfalten. Mythenbildungen sind uns leider auch in akademischen Zirkeln nicht fremd. Für die Kommunikation im Vorfeld und im Kontext der Ukraine-Krise galt und gilt das in besonderem Maße. Ist es nicht paradox, dass sich gegenwärtig fast alle westlichen Politiker, inklusive der deutschen Kanzlerin, verbal gegen einen „neuen Kalten Krieg“ verwahren und gleichzeitig bereits viele materielle und immaterielle Weichen dafür stellen?

Das 100 Jahre alte Diktum, dass die „Wahrheit das erste Opfer des Krieges“ (Hiram Johnson) sei, wandelt sich in Zeiten, wo politische Gewalt und ihre mediale Inszenierung in Echtzeit überall zu haben sind: Der Tod der Wahrheit mischt sich zusehends mit einer Illusion des Wissens. Und das ist besonders gefährlich.

Außenpolitische Verantwortung – das gilt nicht nur für Deutschland – wird sich schon bald auch daran bewähren müssen, ob neue Wege einer auf Respekt gegründeten internationalen Kommunikation beschritten werden können, die eine Aufnahme der Interessen und Probleme von Partnern und „Anderen“, gerade auch den Schwächeren, im Austausch mit den jeweils eigenen Vorstellungen ohne Häme und Hybris ermöglichen. Nur so kann verloren gegangenes Vertrauen neu entstehen und können dringend erforderliche Vermittlungspositionen in den heißen Konflikten eingenommen werden. Ich bin ziemlich sicher: Über kurz oder lang werden wir auch um eine politische Kommunikationsstrategie mit dem internationalen Terrorismus nicht umhin kommen. Wenn aus Deutschland als „Mittelmacht“ eine Mittlermacht werden

---

<sup>27</sup> [www.review2014.de/de/blog/article/-3037320f0e.html](http://www.review2014.de/de/blog/article/-3037320f0e.html).

soll, dann muss eine sensiblere Balance zwischen „Führung“ und Empathie gelingen. Als dies gegenwärtig in Sicht ist. Der Einsatz militärischer Mittel als markanter Ausdruck von Zerstörungsmacht und Parteinahme ist für diese Aufgaben auf jeden Fall kontraproduktiv. Das gilt es verantwortungsbewusst abzuwägen.

\* Der Text stützt sich in weiten Teilen auf den Beitrag der Autorin „Sind wir Mit-Krieger? Deutschlands Verantwortung für den Frieden“ im Friedensgutachten 2015